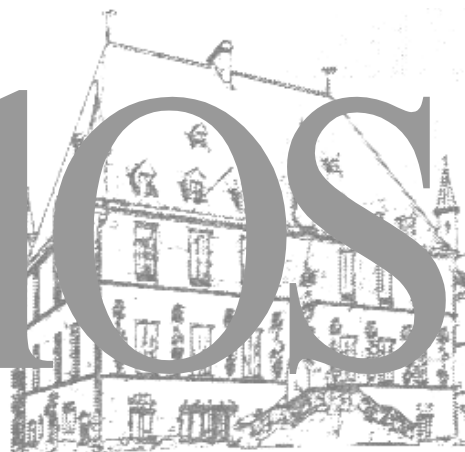


Marx ist tot ?



Karlos

Novembert II 2007



Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei - Osnabrück

Demonstration am 3. November:

„Aufschrei aus der Region“

„Arbeit für Karmann – die Region muss leben“: unter dieser Losung zogen am Samstag, 3. November 2007, in Osnabrück über 9000 Menschen vom Karmann-Werk zum Marktplatz. Karmann-Beschäftigte mit Familien und Freunden, Kollegen aus Rheine und von Zulieferern, ehemalige Beschäftigte, Vertreter aus Vereinen, Verbänden, Kirchen und Parteien – mit einer der größten Demonstrationen in der Geschichte der Stadt protestierten sie gegen die drohende Vernichtung von über 2.500 Arbeitsplätzen durch die Schließung des Fahrzeugbaus von Karmann in Osnabrück und Rheine.

Verantwortlich:

die Automonopole

In ihrem Aufruf bezeichneten IG Metall, Stadt und Landkreis Osnabrück die Firma Karmann als „unverzichtbar“ für die Region Osnabrück. Sie stellten fest: „Eine besondere Verantwortung tragen hierbei die Vorstände der deutschen Automobilindustrie. Diese Konzerne haben in der Vergangenheit immer von dem technischen Know-How der Beschäftigten, der Flexibilität, der hohen Qualität und der Innovation des Unternehmens profitiert. Damit tragen sie eine erhebliche Verantwortung für die bei der Fa. Karmann aufgebauten Fertigungskapazitäten und Arbeitsplätze.“

IG-Metall-Chef Hartmut Riemann verwies in seiner Rede auf das Beispiel des Audi A3 Cabrio: Karmann hatte den Entwicklungsauftrag, doch nach dieser Vorarbeit ging die Dachfertigung an einen Karmann-Konkurrenten, und das Fahrzeug wird bei Audi selber gefertigt. Betriebsrats-Vorsitzender Wolfram Smolinski forderte „das Recht auf

eine Chance“. Politiker und Kirchenvertreter äußerten sich ähnlich.

Betteln und bitten - oder kräftig gestritten?

Dieser 3. November war in der Tat ein „Aufschrei aus der Region“ (Riemann) – eine Ermutigung für die nächsten nötigen Schritte. Doch ist dieser Kampf zu gewinnen mit Appellen an die „moralische Verantwortung“ der Automonopole – oder damit, den Konzernen die Karmann-Belagschaft anzubieten wie sauer Bier?

Kolleginnen und Kollegen,

wir, die Beschäftigten der Karmann-Werke in Osnabrück und Rheine – wir haben

mit unserer Arbeit an Bändern und Pressen, in Werkstätten und Büros alle Werte geschaffen, mit denen diese Werke aufgebaut wurden. Wir haben jahrzehntelang beigetragen zu den Profiten der Autokonzerne, vor allem bei Volkswagen und Daimler. Wir haben dabei auch die Besitzerfamilien Karmann, Boll und Battenfeld reich gemacht – Karmann verfügte 1993 nach Angaben der Zeitschrift „Forbes“ über 1,06 Milliarden D-Mark und dürfte seitdem zumindest nicht ärmer geworden sein.

Heute sind wir konfrontiert mit den Profitstrategien der Monopole, die eigene Kapazitäten auslasten wollen, bevor sie Fahrzeugaufträge an Auftragsfertiger vergeben. Und wir sind konfrontiert mit der Profitstrategie der Karmann-Bosse, die angesichts sinkender Auslastung ihre Millionen zusammenhalten wollen und darum die Mittel für einen akzeptablen Sozialplan verweigern.

Doch noch können wir uns wehren – noch würde jeder Produktionsausfall in Osnabrück und Rheine die hauptverantwortlichen Monopole (Volkswagen/Audi und Daimler) ebenso treffen wie die Karmann-Eigentümer. Wir – alle Beschäftigten, gemeinsam mit Vertrauensleuten, Betriebsrat und IG Metall – sollten jetzt diskutieren, wie wir unsere Mittel zielgerichtet einsetzen. Nutzen wir die uns verbleibende Zeit...



Solidarität mit Rheine

Unsere Kolleginnen und Kollegen aus Rheine haben uns am 3. November sehr deutlich ihre Solidarität gezeigt – nun ist die Reihe an uns! Beteiligt Euch an der Demonstration in Rheine am 24. November – nutzt den Bustransfer der IG Metall!

Falsche Freunde:

„Solidarität“ oder Wahlkampf?

Alle wollten sie bei der Demo am 3. November in die erste Reihe: Ob Unionschristen, Hartz-Vier-Sozialdemokraten oder sogar FDP-Liberale, welche sonst auch den letzten Einfluss des Landes Niedersachsen bei Volkswagen ihrem Privatisierungswahn opfern wollen. Alle demonstrieren sie ihre Solidarität – allen voran Ministerpräsident Christian Wulff und sein Herausforderer und SPD-Fraktionschef im Niedersächsischen Landtag, Wolfgang Jüttner. Der Wahlkampf hat begonnen...

10 Tage später lassen uns die Herrschaften in der Wahlkampfarena Landtag ihr Verständnis von Solidarität erkennen. Möchtegern Ministerpräsident Jüttner drängt, der Landtag solle „sich mit der Firmenleitung und Belegschaft von Karmann solidarisch erklären“. Er hat auch schon einen Plan, wie alles noch einen positiven Verlauf nehmen kann:

Appel an Automobilindustrie:

Das Parlament soll „an die Solidarität der deutschen Automobilindustrie... appellieren, eine möglichst große Zahl an Arbeitsplätzen... erhalten zu können.“ Obwohl „sich dieses Thema nicht für eine Auseinandersetzung im Wahlkampf eigne“, attackiert Jüttner dabei Wulff, weil dieser sich zu offen zu diesem Thema geäußert habe: „Das hat die Verantwortlichen in der Automobilbranche nicht gefreut.“

Hier sei mehr „Fingerspitzengefühl“ notwendig. Jüttner als der bessere „Bosseflüsterer“?

Am 15. November haben CDU, SPD, FDP und Grüne im Landtag einstimmig in einer Entschließung „die deutsche Automobilwirtschaft aufgerufen, das Osnabrücker Traditionsunternehmen Karmann durch neue Aufträge zu sichern“. So weit, so gut. Die Automonopole werden von diesem Appell total beeindruckt sein, ihre Profitgier bremsen, ihre „Solidarität“ entdecken und – koste es was es wolle – reuig nach einem Auftrag suchen und eigene Produktionskapazitäten stilllegen, um Karmann die weitere Ausbeutung seiner

Beschäftigten zu ermöglichen...

Spaß beiseite: Solange wenige private Kapitalbesitzer über die marktbeherrschenden Automonopole verfügen, wird ein bloßer „Appell“ bei diesen Verantwortlichen für den Erhalt der Arbeitsplätze bei Karmann kaum mehr bewirken als wenn in China ein Sack Reis umfällt. Diesen Zustand wollen wir



VK-Leiter Achim Bigus im Gespräch mit Rheinenser KollegInnen

Kommunisten verändern – die Landtagsparteien tun alles dafür, dass er so bleibt und sich die Macht der Monopole noch vergrößert. Wenn die Belegschaft auf die Idee kommen sollte, den „Appell“ durch entschlosseneren Kampfmaßnahmen zu unterstreichen, dann würden wir schon sehen, wie weit dann die „Solidarität“ dieser Parteien geht...

Stärkung weiterer Geschäftsfelder:

Da selbst ein Jüttner um die Kraftlosigkeit bloßer „Appelle“ weiß, zieht er die Karte „Geschäftsfelder erweitern, um dem Unternehmen eine größere Unabhängigkeit vom Segment des Fahrzeu-

ges zu geben.“ Überlegenswerte Idee, aber ist sie ernst zu nehmen angesichts des Zeitdrucks? Und wie viele der im Fahrzeugbau bedrohten 2.500 Arbeitsplätze ließen sich denn durch „weitere Geschäftsfelder“ sichern?

Voraussetzung für den Aufbau anderer Segmente in dieser Größenordnung wäre zumindest ein Entlassungs-Moratorium, d.h. in der Zeit des Umbaus auf andere Produktion darf es keine Entlassungen geben und die Beschäftigten werden in dieser Phase auf die neuen Anforderungen umgeschult. Dazu wäre ein entsprechender politischer Beschluss im Bundestag nötig. Was sagt Jüttner dazu? Hat er im Landtag eine Initiative Richtung Bundestag gestartet? Fehlange!

Jüttner selbst nimmt es offenbar nicht so ernst, denn er möchte - nun am Ende seines Lateins angekommen und völlig im Einklang mit Wulff – eine

Transfergesellschaft einrichten

und dort die durch Arbeitslosigkeit Bedrohten, die ihren Stammpplatz „aus unvermeidlichen Gründen räumen“ (freiwillig?), „durch Fördermittel und Knowhow...begleiten“. Hier könnte man zum Beispiel auf das Knowhow von Jüttner und Graschtat beim Schreiben von Bewerbungen zugreifen oder so... Hauptsache, es kostet der Firma Karmann nichts.

Und hier ist es mit der „Solidarität“ vorbei: Karmanns Verweigerung der Mittel für eine Transfergesellschaft auch für die später als Anfang 2008 von Entlassung bedrohten ist einer der Hauptstreitpunkte beim umkämpften Sozialplan! Hierzu kein Wort von der politischen „Prominenz“ – aber bei diesem Thema kann man sich auch nicht mehr gleichzeitig „mit der Firmenleitung und mit der Belegschaft von Karmann solidarisch erklären“, sondern muss sich für eine der beiden Seiten entscheiden... In diesem Kampf hilft uns kein Gott und auch kein Ministerpräsident - das müssen wir schon selber tun!

(Alle Zitate nach „Neue Osnabrücker Zeitung, 14. und 16. November 2007)

Allein machen sie dich ein

Solidarität mit den „Karmännern“ (und -frauen) kam nicht nur aus Osnabrück. Beeindruckend bei der Demo am 3. November: die 600-köpfige Delegation aus dem Karmann-Standort Rheine. Dort sind die Sorgen noch größer, die Hoffnungen noch geringer als in Osnabrück – ein Zukunftsauftrag für den Fahrzeugbau Osnabrück wäre noch lange nicht die Rettung für Rheine...

Die weiteste Anreise hatten wohl VW-Kollegen aus Hannover - mit 120 Solidaritäts-Unterschriften aus ihren Abteilungen. Belegschaftsvertreter von VW (Braunschweig, Kassel und Salzgitter) sowie von Daimler (Bremen und Untertürkheim) schickten Solidaritätsadressen. Die Delegierten zum Gewerkschaftstag der IG Metall in Leipzig – darunter viele aus Automobil-Standorten – bekundeten einer Abordnung von Karmann-KollegInnen aus Osnabrück und Rheine ihre Solidarität mit den Karmann-Belegschaften gegen die geplante Arbeitsplatzvernichtung.

Sackgasse

„Standort“-Konkurrenz

Beim Verkauf unserer Arbeitskraft stehen wir jeden Tag in Konkurrenz untereinander – als einzelne Beschäftigte auf dem „Arbeitsmarkt“, als ganze Belegschaften im Wettbewerb der „Standorte“ um Aufträge. So spielen uns unsere Herren gegeneinander aus, treiben uns in einen Unterbietungswettkampf um vermeintliche „Beschäftigungssicherung“ durch „Kostensenkung“ mit Lohnverzicht und Arbeitszeitverlängerung.

Auch manche Belegschafts- und Gewerkschaftsvertreter werden in diesem Monopoly missbraucht als „Co-Mana-

ger

Doch unterm Strich verlieren dabei immer die Arbeitenden: Löhne und Arbeitszeiten geraten in eine Abwärtsspirale, und die Jobs werden im Ganzen nicht sicherer, im Gegenteil.

Ausweg Solidarität? Das einfache, das schwer zu machen ist...

Aus dieser Abwärtsspirale gibt es nur einen Ausweg: die Einschränkung unserer Konkurrenz untereinander durch den Zusammenschluss. Eine Belegschaft allein wird sich kaum gegen international agierende Konzerne durchsetzen. Der betriebliche und regionale Kampf in Osnabrück und Rheine um „Arbeit für Karmann“ muss eingebettet werden in einen gemeinsamen Kampf um „Arbeit für alle“, um gemeinsame Ziele wie:

- Verbot von Massenentlassungen
- Mitbestimmungs- und Kontrollrechte über Investitions- und Standortentscheidungen – Verteidigung der VW-Mitbestimmung und Ausweitung auf die gesamte Branche
- Umverteilung der Arbeit durch Arbeitszeitverkürzung – 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich
- Rente ohne Abschläge ab 60 – Bezahlung aus den Rationalisierungsgewinnen
- Die Reichen sollen zahlen

Mannheimer Appell - Widerstand gegen „Globalisierung“ und Arbeitsplatzabbau!

„Jedes Jahr vernichten Unternehmen mehrere hunderttausend Arbeitsplätze in der Bundesrepublik. Von A wie Alstom Power in Mannheim bis Z wie ZF Boge in Bad Godesberg(...).

Die Belegschaft von Alstom Power wehrt sich gegen die geplante Arbeitsplatzvernichtung mit aller Entschiedenheit. Genauso leisten viele Kolleginnen und Kollegen in anderen bedrohten Betrieben Widerstand. Was jedoch fehlt, das ist eine betriebsübergreifende Gegenwehr und ein allgemeiner gewerkschaftlicher Kampf gegen Arbeitsplatzvernichtung(...).

Wir rufen deshalb alle von Entlassungen oder Werksschließungen bedrohten Belegschaften und unsere Gewerkschaften auf: Koordiniert den Widerstand über alle Grenzen hinweg!

Fordern wir gemeinsam die Einhaltung des Grundgesetzes ein: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen. Eine Enteignung ist... zum Wohle der Allgemeinheit zulässig.“ (Artikel 14 GG.) Kämpfen wir deshalb auch für ein Verbot von Entlassungen! Unterstützen wir aktiv den Widerstand gegen Arbeitsplatzabbau - ob bei Alstom oder anderswo!“

Betriebsrat und IGM-Vertrauenskörperleitung Alstom Power Mannheim, 11. Juli 2005 (gekürzt)

DKP-Gruppenabend

Die Osnabrücker DKP trifft sich alle 14 Tage am Dienstag, 18:30, in der Lagerhalle. Diese Gruppenabende sind öffentlich.

Alle Kolleginnen und Kollegen, die sich mit uns über die weiteren Schritte im Kampf um unsere Arbeitsplätze austauschen möchten, sind herzlich eingeladen. Die nächsten Termine:

Dienstag, 20. November, 18:30, Lagerhalle

Dienstag, 04. Dezember, 18:30, Lagerhalle



Genossinnen und Genossen der DKP-Osnabrück auf der großen Karmann-Demo

Mit Beck gegen die Agenda 2010?

Der SPD-Vorsitzende versucht sich auf unbekanntem Terrain. Weder Rente mit 70, Mehrwertsteuer auf 22 Prozent oder Kürzung der Unternehmenssteuern. Nichts von alledem, was einem als Chef der SPD so einfallen würde. Nein - Kurt Beck gibt plötzlich den Sozialreformer. Die SPD dürfe nicht „kaltherzig auftreten“. Ein heikler Rollentausch bei dem schon mancher Schauspieler auf die Nase gefallen ist. Und um die neue Warmherzigkeit der SPD unter Beweis zu stellen, hat Beck die Bezugsdauer des ALG I auf dem Parteitag der SPD „durchgekämpft“.

Unter Gerhard Schröder hatten die „Genossen“ - gegen massiven Widerstand in der Bevölkerung - die maximale Bezugsdauer für ALG I von 32 auf bis 12 Monate zusammengestrichen. Das Berliner Sozialgericht sah darin einen Verfassungsbruch, man könnte es auch schlicht Betrug nennen. Haben doch die Beschäftigten Jahrzehnte ihren Beitrag eingezahlt. Leider hat sich aber auch der DGB zu einer reichlich windigen („respektablen“) Haltung weich kochen lassen. Statt 32 nur 24 Monate, dazu nach Alter gestaffelt. Eine günstige Gelegenheit, so das Kalkül des SPD-Chefs, ein wenig soziales Rouge aufzulegen. Auf den Gewerkschaftstagen sitzen zwar die SPD-Vertreter noch in der ersten Reihe, die Sympathien gelten aber anderen. Hier gilt es Boden zurück zu erobern, will man nicht in der Bedeutungslosigkeit versinken.

Nun besteht bei symbolischer Politik auch immer die Gefahr, dass sie von den Betroffenen ernst genommen wird. Dass sich die arbeitenden Menschen durch Kurt Beck ermutigt fühlen könnten, im Kampf gegen die Agenda, gegen Sozialabbau und Hungerlöhne einen Zahn zuzulegen. Entsprechend lauthals ist die Reaktion der neoliberalen Kampffront: „Beck auf Anti-Agenda-Kurs“ (Berliner Zeitung), „Beck stellt Agenda 2010 zur Disposition“ (Handelsblatt).

Der so Gerüffelte reagierte prompt: Nichts liege ihm ferner. Niemand könne

hinter Schröders „Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme“ zurück, hat er, so der Tagesspiegel, am „Tag der Einheit“ in der Laudatio zur Verleihung des Quadriga-Preises an den verdienten Vorkämpfer der neoliberalen Gegenreform Schröder verkündet.

In einem Zwangsarbeitssystem wie der Agenda sind Hungerlöhne, Armut und Verwahrlosung die logische Folge. Warum sollen Unternehmer Arbeiter gut bezahlen, die ihnen nicht entkommen können? Doch Wahlen gewinnt man damit kaum. Etwas „Sozialklimbim“ muss sein,

dämmert es Beck. Die Mindestlohn-Kampagne für die Zielgruppe derjenigen, die schon unten sind. Die „Verlängerung von ALG I“ soll den gut ausgebildeten Facharbeiter ansprechen, der in der (berechtigten) Angst vor dem Absturz lebt.

Für „ältere“ Beschäftigte bei Karmann, Schöller, Ihr Platz, etc., die ihren Arbeitsplatz verlieren werden, bedeutet dies lediglich eine verlängerte Schonfrist. Dann wird Hartz IV auch für sie unbarmherzig zuschlagen.

Mit dieser Kosmetik ist also der sozialen und gesellschaftlichen Demontage nicht beizukommen.

Für arbeitende Menschen ist ein bisschen weniger Hartz keine Lösung. Die ganze Agenda muss weg. Minimum. Die zu Tage getretenen Risse im Lager der neoliberalen Kampffront machen Mut, auch wenn sie noch so klein sind. Erfolge sind möglich. Aber nur, wenn sich die abhängig Beschäftigten bewegen. Beck hin oder her.

Beck droht den Gewerkschaften

Manche Selbstenttarnung geht verdammt schnell. Ließ Beck, die Wiedergeburt des Pfälzer Saumagens, sich noch vor kurzem als Gewerkschaftsfreund, der die SPD nach links wendet, feiern, so zeigte er am Wochenende sein wahres Gesicht.

Der SPD-Vorsitzende Kurt Beck sieht durch den Streik der Lokführer die Tarifautonomie in Deutschland in Gefahr. Die Entwicklung der letzten Tage bereite ihm „größte Sorge“, sagte Beck der „Bild am Sonntag“. „Wenn es so käme, dass in jedem Betrieb eine Reihe von verschiedenen Tarifverträgen gelten, dann führte das zu großer Unsicherheit und Instabilität.“

Er warne deshalb vor unterschiedlichen Tarifverträgen in einer Branche. „Das ist eine große Gefahr für die gesamte Tarifautonomie“, sagte Beck. Um dann die Keule herauszuholen: „**Was sich da in Deutschland sehr zögerlich abzeichnet, hat in Großbritannien unter Maggie Thatcher dazu geführt, dass die Gewerkschaften hart an die kurze Leine genommen wurden.**“

Wir meinen, dass diese Drohung ungeheuerlich ist! Sie verdeutlicht, dass die Angriffe auf Gewerkschaftsrechte nicht Ausrutscher einzelner Arbeitsgerichte sind, sondern dass hier scheinbar politisch vorbereitet wird, Gewerkschaften klein zu machen. Deshalb gilt unsere volle Solidarität der GDL!



www.unsere-zeit.de
UZ - Zeitung der DKP

Abo & Informatio
CommPress Verlag,
Hoffnungstr. 18, 45127 Essen
Tel: 0201 24 86 482
E-Mail: UZAbo@t-online.de

Unser Wertpapier
kommunistisch - informativ - wertvoll

Name: _____
Vorname: _____
Straße: _____
PLZ/Ort: _____